



Newsletter vom 7. 4. 2024

Inhalt

Förderklasseninitiative und politische Bildung unserer Jugend – zwei hochakute Anliegen	2
5. April 2024, Marianne Wüthrich	2
Jetzt geht der Streit um die Kleinklassen im Kanton Zürich richtig los.....	5
Tages-Anzeiger, 30. März 2024, Zürich, Pascal Unternährer	5
Initiative für Förderklassen.....	7
Tages-Anzeiger, 5. April 2024, Forum.....	7
Umsetzung der inklusiven Schule ist mangelhaft	7
Tages-Anzeiger, 28. März 2024, Meinungen, Gastbeitrag von Beat A. Schwendimann	7
«Medizin statt Pädagogik».....	8
NZZ, 27. März 2024, Meinung & Debatte, Leserbriefe	8
NZZ, 28. März 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief	9
Politische Bildung: Schule ist gefordert	9
NZZ, 27. März 2024, Meinung & Debatte, Tribüne, Gastkommentar von Mario Andreotti	9
Bildungsforscherin: «Wir haben ein riesiges Problem»	10
SRF, 24. März 2024	10
Nach dem PISA-Schock	12
Journal 21, 24. März 2024, Carl Bossard	12
«Der Zeitgeist fegt die Schulnoten weg».....	15
NZZ, 2. April 2024, Meinung & Debatte, Leserbriefe.....	15
Veranstaltungshinweise	16
Kantonale «Volksinitiative für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» (Förderklassen-Initiative).....	16
Starke Volksschule Zürich, Donnerstag, 11. April 2024, 19.00	16
Die Pädagogische Wende.....	17
Freitag 12. und Samstag, 13. April 2024, Universität Augsburg	17
Mädchen und Knaben – von Natur aus anders? Was sagt die Entwicklungspädiatrie und Genderforschung dazu?.....	17
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. Juni 2024	17



Nicht verpassen:
Podiumsgespräch der Starken Volksschule Zürich pro und contra
Förderklassen-Initiative:
Donnerstag, 11. April um 19 Uhr im Glockenhof. [Mehr...](#)

Förderklasseninitiative und politische Bildung unserer Jugend – zwei hochakute Anliegen

5. April 2024, Marianne Wüthrich

Zur Podiumsdiskussion der Starken Volksschule Zürich am nächsten Donnerstag tut ein Einstieg not, der die pädagogisch-psychologische Richtung für die Förder- oder Kleinklassen-Debatte weist: Anzustreben ist nicht die «Separation von Störern», sondern eine bestmögliche Bildung für jedes Kind. – Nicht weniger brennend ist eine gründliche Einführung unserer Jugend in die Schweizer Staatskunde und die politische Entscheidungsfindung. In der Schule sollen nicht nur gute Grundlagenkenntnisse vermittelt, sondern auch die Fähigkeit zur direktdemokratischen Teilhabe in Gemeinde, Kanton und Bund gelegt werden.

Im Zentrum von Förder- oder Kleinklassen muss das Wohl des Kindes stehen!

Über die Kantonale «Volksinitiative für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» spuken verschiedene Kommentare herum, die dem Anliegen der Initianten in keiner Weise gerecht werden. Sie wolle «schwierige Schüler wieder separieren», behauptet der Tages-Anzeiger schon im Lead («Jetzt geht der Streit um die Kleinklassen im Kanton Zürich richtig los»). Das ZLV-Präsidium lehnt die Initiative gar ab – ohne seine Mitglieder zu fragen! – und lobt Silvia Steiners «Schulinseln» als «niederschwellige Lösung». In Wirklichkeit fehlt bei der vorübergehenden Unterbringung in einer anderen Klasse oder einem Sammelraum mit Betreuung die Zeit und der Anspruch, mit dem Kind in Beziehung zu treten und es zum Lernen zu gewinnen. «Niederschwellige Lösungen» sind weder Lösungen für das einzelne Kind noch beheben sie die grundsätzlichen Mängel des Integrations- und Inklusionsmodells.

Jedes Kind hat Anspruch auf eine Schulbildung, die diesen Namen verdient

Genau dieses Ziel verfolgt die kantonale Förderinitiative. Sie will, dass Förderklassen eingerichtet werden, in die Schülerinnen und Schüler eingeteilt werden, «die kleinere Lerngruppen benötigen, um sich entfalten zu können, oder Schülerinnen und Schüler, die wegen ihres auffälligen Verhaltens nicht oder vorübergehend nicht in eine Regelklasse integriert werden können». Alle Kinder im Kanton Zürich sollen «bei Bedarf Zugang zu heilpädagogisch geführten Förderklassen haben». Dort sollen sie nicht nur parkiert werden, weil sie in den Regelklassen stören, sondern von einer eigenständigen Klassenlehrerin unterrichtet werden. In einer ruhigen und von Beziehung und Verständnis geprägten Lernsituation vermag sich manch ein Kind allmählich dem Lernen zuzuwenden. Der Aufenthalt in der Förderklasse soll gemäss Initiative mindestens ein Semester lang dauern, denn der Aufbau einer Lernbeziehung braucht Zeit. Ziel ist der Wiedereinstieg in die Regelklasse (Durchlässigkeit), sobald das Kind dazu genügend gefestigt ist.

Die Leserbriefe von Kinderarzt Dr. Arnold Bächler und Heilpädagogin Renate Dünki zum Gastkommentar «Medizin statt Pädagogik» von Eliane Perret (siehe letzter Newsletter) fokussieren auf das Wohl des Kindes. Zum Einstieg in die Podiumsdiskussion vom 11. April ist deren Lektüre empfehlenswert.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.



Politische Bildung: Die Schüler für die demokratische Teilhabe begeistern

Mario Andreotti spricht mir mit seinem Aufruf für ein eigenständiges Fach «Staatskunde und Politik» aus dem Herzen. Wie er festhält, eignet sich dafür die Sekundarstufe II, also die Berufsschule und das Gymnasium, besonders, weil die Jugendlichen schon bald abstimmen und wählen können. In der Oberstufe der Volksschule würde ich eher von einem zusätzlichen Fach abraten, denn dort benötigen die Jugendlichen zuallererst eine breite Bildung in den Grundlagenfächern als Vorbereitung für eine Berufslehre oder eine weiterführende Schule.

Als Berufsschullehrerin liess ich mich wie viele andere Kolleginnen auch nach der Zusammenlegung der Fächer zum Sammelfach Allgemeinbildung nicht davon abhalten, meine Klassen in die faszinierende Welt des Schweizer Staatssystems einzuführen. Wie Mario Andreotti habe ich die Erfahrung gemacht, dass die meisten meiner Schüler – nicht nur diejenigen ausländischer Herkunft! – wenig über «den Aufbau und die Funktionsweise unseres Staates und über die politischen Rechte und Pflichten seiner Bürgerinnen und Bürger» wussten. Was mich immer wieder gefreut und beeindruckt hat: Das Interesse und die Wissbegier ist ganz besonders im Bereich Staatskunde und Politik bei den meisten Jugendlichen riesig.

Die eigene Gemeinde kennen lernen und Zeitung lesen

In einigen Klassen verfassten meine Schüler eine Reportage in Wort und Bild zu ihrer Wohngemeinde. Da gab es einige, die noch nie im Gemeindezentrum oder im Stadthaus gewesen waren. Sie besuchten das Einwohneramt, die Stadtpolizei oder den Werkhof, interviewten seinen Gemeindepräsidenten und erfuhr von ihm, wie die Gemeinde organisiert ist. Andere machten sich kundig, wie die Abstimmungen und Wahlen organisiert werden. Nach dem 18. Geburtstag besuchten Schüler aus kleineren Gemeinden die Gemeindeversammlung. Durch die spannenden Gespräche in der Klasse und das gegenseitige Kennenlernen der Reportagen verloren viele die Scheu vor den Ämtern, so dass sie sich auch als Erwachsene getrauen werden, beim Steueramt anzurufen, wenn sie Rat benötigen.

Mit den meisten Klassen las ich eine Zeit lang jede Woche in einer Regional- oder Tageszeitung. Damit weiteten sich unsere Diskussionen über die Gemeinde hinaus auf den Kanton, den Bund und ausländische Themen aus. Heute, wo viele Jugendliche sich nur durch Schlagzeilen auf dem Handy über die Politik informieren, ist es von grosser Wichtigkeit, sie fürs Zeitungslernen zu gewinnen, sei es auch nur in *20 Minuten*. Dabei stellte ich nicht selten fest, dass dort zuweilen etwas Schlaues steht als in den «Qualitätsmedien».

Das Schweizer Staatssystem kennenlernen und ein «richtiger Schweizer» werden

Im Zentrum des Staatskundeunterrichts muss der Aufbau der Schweiz stehen: Im Minimum die Aufgaben des Staates, die drei Staatsgewalten auf den drei Staatsebenen, die Entstehung eines Gesetzes (mit Initiative und Referendum), die Wahlen und Abstimmungen, die Rechte und Pflichten der Bürger. Die Staatskundelehrmittel wurden mit den Jahren immer unbrauchbarer, aber mit der Broschüre aus der Bundeskanzlei: «Der Bund kurz erklärt» (als Klassensätze erhältlich) können die wichtigsten Grundkenntnisse erarbeitet werden.

Die meisten ausländischen Jugendlichen, die eine Lehre machen, sind schon vorher mit ihrer Familie eingebürgert worden oder bewerben sich während der Berufsausbildung selbst um die Einbürgerung. Viele bezeichneten sich selbst als «Papierli-Schwiizer». Ihnen hielt ich entgegen: «Deshalb lernen Sie in der Staatskunde die Schweiz besser kennen, dann sind Sie kein ‘Papierli-Schwiizer’ mehr.» Ich kann mich nicht erinnern, dass jemals einer meiner einbürgerungswilligen Schüler abgewiesen worden wäre, obwohl manch einer «grottenschlecht» Deutsch konnte. «Wenn er eine Berufslehre erfolgreich durchsteht, dann ist er integriert», sagte mir ein Gemeindebeamte. Es hat etwas: Mit weit mehr Stolz als viele gebürtige Schweizer erzählten sie zum Beispiel, dass sie das erste Mal abstimmen waren oder nach der Lehre in die RS gehen werden.



Das Abstimmungsbüechli lesen und Wahlzettel panaschieren und kumulieren

In Bern erhielt man, jedenfalls vor zehn Jahren, auch Klassensätze vom Abstimmungsbüechli, die ich mit jeder meiner Klassen immer einmal wieder durchging, oft auf Wunsch der Schüler. In der Sekundarstufe II kann man sich notfalls auch digital einlesen. «Sind Sie dafür oder dagegen?», wollten einige jeweils zu Beginn wissen. «Wisst ihr denn, worum es geht?» fragte ich zurück? Einige hatten nur ein paar Schlagworte auf dem Handy gelesen. Es gab aber auch Schülerinnen, bei denen zuhause beim Abendessen oder beim Znüni im Lehrbetrieb über politische Fragen diskutiert wurde. Ob auf Papier oder digital: Die meisten Jugendlichen trauen sich nicht zu, auf eigene Faust die Abstimmungsinfos zu lesen. Es ist Aufgabe der Staatskundelehrerin, ihnen zu zeigen, dass es gar nicht so kompliziert ist. Die Einwände der Referendumsgegner oder der Parlamentsminderheit sind übrigens meistens das Erste, was die Schüler interessiert.

Zum Thema Wahlen brachte ich mein dickes Bündel von den letzten Nationalratswahlen mit, und es machte Spass, eine der Listen mit Kumulieren, Panaschieren und Streichen zu bearbeiten. Mit den kleinen Ständeratswahlzetteln und den ellenlangen Zürcher Nationalratslisten war es nicht schwierig, den Unterschied von Majorz- und Proporzahlen zu lernen und zu überlegen, wo welches System Sinn macht.

Auch das Verstehen politischer Zusammenhänge lernt man am besten in der Klassengemeinschaft

Am wenigsten erfolgreich waren meine Versuche, die Schüler zu zweit am Computer eine politische Partei erforschen zu lassen. Obwohl sie sehr motiviert waren, die Partei selbst auswählen durften und deren Standpunkte zu vorher abgemachten Themen sauber herunterluden und in kreativen Power-Point-Präsentationen der Klasse vorführten, stellten wir gemeinsam fest: Die meisten hatten nachher keine Ahnung, welche Parteien die Schweiz der EU anhängen wollen und welche nicht, oder welche sich für die Interessen der Arbeitnehmer einsetzen und welche für die der Unternehmer. Dreimal dürfen Sie raten warum...

Neutrale Friedenspolitik, IKRK und humanitäres Völkerrecht (Genfer Konventionen)

Diesem wichtigen Pfeiler des Schweizer Staatswesens gebührt gerade heute ein besonderer Platz in der politischen Bildung unserer Jugend. Dazu ein andermal.

Was hängen bleibt...

Zu den erfreulichsten Erinnerungen als Berufsschullehrerin gehört es, dass sich beim Abschied vor der Lehrabschlussprüfung immer wieder Schüler – besonders ausländischer Herkunft – dafür bedankten, was sie im Staatskundeunterricht gelernt hatten. «Wenn ich in mein Land zurückgehe, erzähle ich meinen Kollegen und Verwandten, wie die Demokratie funktioniert», so ein Schüler aus dem Kosovo. Die Einführung in den Schweizer Staat ist nicht nur unverzichtbar für die Heranführung der Jugend zur Teilhabe als Bürger am direktdemokratischen Gemeinwesen, sondern auch für eine gelungene Integration der Jugendlichen aus anderen Ländern und Kulturen.

Lesen Sie zum Abschluss die Gedanken unseres «Hauspädagogen» Carl Bossard zur Bedeutung einer verantwortungsbewussten Bildungspolitik. Sie soll sich der Schule und der Behebung ihrer Defizite annehmen, statt von den Lehrerverbände und Hochschuldozenten Wunder zu erwarten.

Eigentlich wollte ich diesmal ganz kurz bleiben – aber ich hoffe trotz der Länge des Vorwortes, dass Sie es mit Vergnügen lesen.

Marianne Wüthrich



Jetzt geht der Streit um die Kleinklassen im Kanton Zürich richtig los

Tages-Anzeiger, 30. März 2024, Zürich, Pascal Unternährer

Förderklassen-Initiative Eine Volksinitiative will schwierige Schüler wieder separieren. Doch bei der Unterschriftensammlung harzt es. Und anders als in Basel macht der Lehrerverband in Zürich nicht mit.

Seit fast 20 Jahren gilt in der Zürcher Volksschule: Integration statt Separation. Alle Kinder kommen gemeinsam in die sogenannte Regelklasse, und nur in Ausnahmefällen werden Sonderschul- oder Kleinklassen geführt.

Das Prinzip wurde immer wieder infrage gestellt, etwa von Lehrerinnen und Lehrern. Diese müssen bei anhaltend grossen Klassen und steigender Heterogenität auch jene Kinder und Jugendlichen in die Klasse integrieren, die den Unterricht stark stören oder sonst wie auffällig sind. Nur punktuell erhalten sie Hilfe von Heilpädagoginnen, die lektionenweise in die Klassen kommen.

Zunehmende Skepsis

Auch in der Bevölkerung stieg die Skepsis gegenüber diesem System. So hat eine Tamedia-Umfrage gezeigt, dass zwei Drittel von knapp 9000 Befragten dafür sind, die integrative Förderung aufzugeben und die Kleinklassen wieder einzuführen.

Diese Stimmung war für einige Zürcher Bildungspolitikern und -politiker aus FDP, GLP und SVP der Anlass, eine kantonale Volksinitiative zu lancieren. Die Förderklassen-Initiative fordert, dass verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler für mindestens ein halbes Jahr in heilpädagogisch geführte Förderklassen kommen. Den Entscheid für den Wechsel von der Regelklasse treffen die Schulleitungen, eine Rückkehr in die Stammklasse soll angestrebt werden.

Die Unterschriftensammlung begann im Januar, bis Mitte Juli müssen mindestens 6000 gültige Unterschriften beisammen sein. Dem Vernehmen nach läuft es nicht so gut, Zahlen will niemand nennen.

Hoffen auf Berufsverband

Zwar sagt Hauptinitiantin und Komitee-Co-Präsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), dass sie auf der Strasse auf viel Wohlwollen der Passanten stosse. Und die andere Co-Präsidentin Christa Stünzi (GLP) berichtet von täglich eingehenden Unterschriftenbögen. Erfahrungsgemäss würden viele Bögen erst gegen Ende der Sammelfrist eingereicht, sagt Kantonsrätin Stünzi. Ähnlich äussert sich Mitinitiantin Anita Borer. Die SVP-Kantonsrätin räumt aber ein, dass es nun einen Effort braucht.

Dabei erhofften sich die Initiantinnen Unterstützung vom Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV). Yasmine Bourgeois, Gemeinderätin und Schulleiterin in der Stadt Zürich, ist überzeugt, dass die Mehrheit der Lehrpersonen das Anliegen der Initiative teilt.

Zudem schielt sie nach Basel. Dort ist aus Lehrerkreisen vor gut zwei Jahren eine ähnlich lautende Volksinitiative lanciert worden. Und dort ist der Lehrpersonenverband sofort auf den Zug aufgesprungen.

Eine Umfrage bei den Mitgliedern habe eine Zustimmung von 71 Prozent ergeben, berichtet der Basler Verbandspräsident Jean-Michel Héritier. Danach half der Verband tatkräftig bei der Unterschriftensammlung mit. Die Initiative wird derzeit im Basler Kantonsparlament diskutiert.

Silvia Steiner reagiert

Die Zürcher Förderklassen-Initianten sprachen also beim ZLV vor - und blitzten ab. Grund ist nicht, dass kein Handlungsbedarf im Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten bestehe, wie ZLV-Präsident Christian Hugi erklärt. Sondern dass Bildungsdirektorin Silvia Steiner auf das jahrelange Pickeln des ZLV reagiert habe. Tatsächlich lancierte sie letztes Jahr das Projekt «Erweiterter Lernraum».



Dabei geht es um eine Art Mini- Time-out. Störende Kinder und Jugendliche werden kurzfristig aus dem Klassenzimmer geschickt und kommen zu einer Lehrperson in einem anderen Zimmer im Schulhaus. Ziel ist, dass diese Schüler rasch in die Regelklasse zurückkehren.

Diese Schulinsel-Lösung lobt der ZLV als niederschwellig. Anders fällt die Einschätzung zur Volksinitiative aus: «Diese setzt auf eine hochschwellige Massnahme für wenige», sagt Hugi. Einzelne Schülerinnen und Schüler würden Sonderklassen zugewiesen - «von den Initianten Förderklassen genannt». Gemäss Hugi ist das Konzept nicht neu: «Schon heute dürfen die Schulgemeinden solche Klassen bilden.» Das Fazit des ZLV-Präsidenten ist vernichtend: «Ich erwarte von diesem Vorschlag keinen grossen, im Schulalltag spürbaren Effekt.»

Die ZLV-Strategie bezüglich Integration und Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern sei intern breit abgestützt, beteuert Hugi. Derzeit plant der Verband keine Mitgliederumfrage.

Das stösst bei den Förderklassen-Initianten auf Kritik. Yasmine Bourgeois nennt es «Angsthasenpolitik». Der ZLV drehe die Schraube am falschen Ort, sagt sie. Das Vorhaben der Bildungsdirektion sei bloss «ein Tropfen auf den heissen Stein», der weder den Lehrpersonen noch den betroffenen Kindern nachhaltig weiterhelfe.

Auch Mitinitiant Dominic Schläpfer ist vom ZLV enttäuscht. Der Primarlehrer und Schlieremer FDP-Stadtparlamentarier hätte erwartet, dass der Verband zumindest eine Diskussion mit seinen Mitgliedern führt und den Initianten ein Mailing ermöglicht. Schläpfer vermutet, dass die ZLV-Führung lieber den Spatz in der Hand hat (die Schulinseln) als die Taube auf dem Dach, namentlich die Förderklassen.

Nun wollen die Initiantinnen auf ihre Parteien zurückgreifen, die gemeinsam im Kantonsrat eine Mehrheit bilden. Bei der GLP und der SVP sollte dies klappen. Beide Parteileitungen unterstützen das Anliegen, und die Sektionen sammeln Unterschriften, wie die Kantonsrätinnen Stünzi und Borer sagen.

Etwas komplizierter ist es beim Freisinn, der den integrativen Unterricht anfangs stark unterstützt hatte. Die Zürcher Stadtpartei war von Anfang an in die Lancierung der Initiative involviert und steht «voll hinter der Initiative», wie Yasmine Bourgeois sagt.

Doch in der kantonalen FDP gibt es offenbar vereinzelt Vorbehalte. Man sei in engem Austausch, grossen Zuspruch gebe es aus den Bezirken, versichert die Initiantin. Parteipräsident Filippo Leutenegger erwidert auf Anfrage, die kantonale Partei sei nicht involviert.

Stadt hat keine Kleinklassen

In den städtischen Schulen, denen Filippo Leutenegger als Stadtrat vorsteht, gibt es längst keine Kleinklassen mehr. Neben den Regelklassen gibt es nur DaZ-Aufnahmeklassen, also Deutsch als Zweitsprache für anderssprachige Schülerinnen und Schüler. Zudem gibt es vier Sonderschulen für Kinder und Jugendliche mit verschiedenen Behinderungen.

Bemerkenswerterweise ist im Kantonsparlament eine Motion hängig, die zehn Tage nach dem Start der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative von den drei alliierten Parteien SVP, GLP und FDP eingereicht wurde.

Sie fordert dasselbe wie die Initiative, nennt die neuen Klassen aber Klein- statt Förderklassen. Kommt die Motion durch, läuft der politische Prozess schneller als mit der Volksinitiative.



Initiative für Förderklassen

Tages-Anzeiger, 5. April 2024, Forum

«*Tages-Anzeiger*» vom 30.3. «*Jetzt geht der Streit um die Kleinklassen im Kanton Zürich richtig los*»

Gut, dass der Tagi über diese Initiative berichtet. Die Idee der integrativen Schule wäre eigentlich schön, wenn es nicht bei der Umsetzung von Anfang an gehapert hätte: zu viel Unruhe im Klassenzimmer, zu wenige Fachpersonen vor Ort u.a. Ich bin pensionierte Gymnasiallehrerin und arbeite nun in zwei Klassen in einer Primarschule. Hier nur ein Beispiel: Ein Kind rastet plötzlich aus, tobt, rennt im Klassenzimmer herum, schmeisst alle Stühle um, schlägt Kästchen zu und ist nicht zu bremsen, geschweige denn zu beruhigen, weder durch die Klassenlehrerin noch durch die anwesende Sozialpädagogin noch durch mich. Das passiere ein paar Mal pro Woche. Kind also sofort abklären? Doch erstens dauert das und zweitens: Was passiert dann? Eben, nichts. Man hat zwar eine Diagnose, doch das Kind bleibt in der Klasse. Die Lehrerin hat aber noch 20 weitere Kinder, die sie unterrichten möchte und vielleicht auch noch andere, schwierige Kinder. Das sind Herausforderungen der gröberen Art. In einem anderen Rahmen wäre ein solches Kind definitiv besser aufgehoben. Unter diesen Umständen wundert es niemanden, dass so viele diesen schönen Beruf an den Nagel hängen. Deshalb mein dringender Appell an alle Zürcher:innen, bitte unterschreiben Sie diese Initiative. Viele namhafte Politiker:innen von allen Lagern unterstützen sie auch. Tragen wir unserem Schulsystem und unseren Lehrpersonen Sorge.

Ruth Caspar, Zürich

Vertritt der Lehrerverband im Kanton Zürich eigentlich die Interessen seiner Mitglieder oder nur das, was dem Vorstand gerade passt? Das fragt man sich unwillkürlich nach dem Lesen des Artikels. Die Meinung von Frau Bourgeois, dass die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer hinter dem Anliegen der Initiative stehe, trifft bestimmt zu; interne Erhebungen ergaben dieses Resultat ebenfalls, und in ganz Zürich dürfte man etwa so liegen wie bei der offiziellen Umfrage in Basel, wo sich die Lehrerschaft mit 71 Prozent Ja hinter die dortige Initiative stellt. Dass Frau Steiner unter Druck eine Huschhusch-Lösung herbeizauberte mit «Lerninseln» oder «erweitertem Lernraum» und wie die schönen Namen alle heissen, geht das Problem nur oberflächlich an. Herr Hugi verschweigt natürlich in seiner Feststellung, man könne ja schon heute Kleinklassen bilden, dass dies dann auf Kosten der Gemeinde bzw. der übrigen Klassen geht, was absolut inakzeptabel ist. Kurzum: Es ist peinlich, dass sich der ZLV-Vorstand mit einer faulen Ausrede - und ganz klar aus Angst - um eine Umfrage bei seinen Mitgliedern drückt und dass er die Initiative nicht unterstützt. Hoffentlich werden sich die verärgerten Leute an der Basis, welche seit Jahren das Fiasko ausbaden müssen, jetzt erst recht für das Volksbegehren einsetzen.

Vera Diaz, Zürich

Umsetzung der inklusiven Schule ist mangelhaft

Tages-Anzeiger, 28. März 2024, Meinungen, Gastbeitrag von Beat A. Schwendimann

Eine Schule für alle: Vielfältige Bedürfnisse brauchen vielfältige Lösungen.

Seit zwei Jahrzehnten arbeitet die Schweiz an der Umsetzung der inklusiven Schule, doch der Begriff wurde schon zu Beginn zur «integrativen» Schule verwässert. Das Fernziel bleibt die Inklusion - also eine Schule für alle, welche sich den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler anpasst -, weshalb der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) den Begriff der inklusionsorientierten Schule verwendet. Dies soll betonen, dass Inklusion ein fortlaufender Prozess



und kein abgeschlossener Zustand ist. Das Schulsystem soll kontinuierlich und pragmatisch auf die Leitidee der inklusiven Schule hin weiterentwickelt werden. Diese Ziele sind gesetzlich verankert. Der LCH unterstützte die Leitidee von Anfang an, aber nur unter dem Vorbehalt, dass die notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden sind. Zwei Jahrzehnte später wird deutlich, dass es vielerorts immer noch an Personal, Zeit, Strukturen und geeigneten Räumlichkeiten fehlt. An Schulen mehren sich Meldungen von Lehr- und Fachpersonen, dass sie bei der Umsetzung der inklusionsorientierten Schule an ihre Grenzen stossen. Das zentrale Problem liegt nicht am Ziel der inklusiven Schule, sondern in der inkonsequenten Umsetzung. Die alten Strukturen der Regelschule wurden weitgehend beibehalten und lediglich durch punktuelle Unterstützungsmassnahmen ergänzt.

Verschiedentlich werden Forderungen nach der Wiedereinführung von separativen Kleinklassen laut. Während Kritikerinnen und Kritiker darin das Ende der inklusiven Schule sehen, muss beachtet werden, dass Kleinklassen vielerorts gar nie abgeschafft, sondern in neuen Formaten wie Lerninseln oder Förderklassen weitergeführt wurden. Doch wie passt dies zu einem inklusionsorientierten Schulsystem? Selbst in einem inklusionsorientierten Schulsystem können separative Angebote - also solche ausserhalb der Regelklasse - erforderlich sein, um bei Bedarf in kleineren Settings gezielte Unterstützung durch Fachpersonen bereitzustellen. Entscheidend ist, dass auch bei separativen Angeboten die Förderung und nicht eine Aussonderung im Zentrum steht. Dies entspricht durchaus den Zielen der inklusiven Schule. Vielfältige Bedürfnisse brauchen vielfältige Lösungen. Ein zentrales Anliegen des LCH ist es, eine Balance zu finden zwischen der Notwendigkeit, adäquate Förderung und Unterstützung für Kinder mit besonderen Bedürfnissen anzubieten, und der Arbeitsbelastung der Lehr- und Fachpersonen. Dies erfordert ausreichende Ressourcen und spezialisiertes Personal, um inklusive und separative Förderangebote effektiv zu gestalten. Zudem müssen Lehrpläne, Unterrichtsmethoden und die Schulorganisation insgesamt so flexibel und offen gestaltet werden, dass sie den unterschiedlichen Lernwegen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden. Bei der inklusiven Bildung geht es auch um eine Kultur des Miteinanders, der Chancengerechtigkeit, der Anerkennung und Wertschätzung von Diversität. Der LCH unterstreicht daher auch die Bedeutung einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung. Denn Inklusion in der Bildung ist letztlich ein Spiegelbild der Gesellschaft, in der wir leben möchten.

Beat A. Schwendimann ist Leiter Pädagogik beim Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz.

«Medizin statt Pädagogik»

NZZ, 27. März 2024, Meinung & Debatte, Leserbriefe

Als Heilpädagogin bin ich vom Thema sehr angesprochen, zumal der Gastkommentar von Eliane Perret mit dem Blick in die Geschichte der (Heil-)Pädagogik eine wichtige Vertiefung und Schärfung der Sichtweise bietet (NZZ 20. 3. 24).

Es geht ja darum, wie wir an Erziehung und Bildung Beteiligten möglichst viel an die Hand bekommen, um helfen zu können.

So fand ich im Artikel viele Denkanstösse, etwa zum Wechsel von einer pädagogischen hin zu einer psychiatrischen Sicht von Störungen. Solche Diagnosen sind eine grosse Belastung für die Kinder, sie schleppen sie ihr Leben lang mit. Wann kam es zu diesem Wechsel der Sichtweise?

Bis zur Jahrtausendwende gab es andere Arbeitshypothesen. Es ging immer darum, ein Kind in seiner ganzen Persönlichkeit und seiner Lebensgeschichte zu erfassen, es positiv in eine Klassengemeinschaft einzubinden, es mit den Schulkollegen zu befreunden und ihm als Lehrperson ein freundschaftlich-verbundliches Gegenüber zu sein, das eine sichere Beziehung anbieten kann.

Der Erziehungs- und der Beziehungsaspekt standen im Zentrum der Arbeit, wie es der Tradition der Heilpädagogik in der Schweiz entspricht. Die Autorin nennt dies «korrigierende Beziehungsarbeit».



Ein solcher Zugang wird heute durch Forschungen der Anthropologie, Tiefenpsychologie oder Entwicklungspsychologie bestätigt. Ich kann mir nur wünschen, dass ihre hochaktuellen Ergebnisse von Lehre und Politik aufgegriffen werden. Sie können zur Wiederbelebung einer ganzheitlichen Sicht der Persönlichkeit führen. Das sind ein paar wenige Gedanken zu diesem Artikel, der Geschichte und moderne Forschung einbezieht und dem eine breite Diskussion zu wünschen ist.

Renate Dünki, Oberwangen

NZZ, 28. März 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief

In ihrem Gastkommentar «Medizin statt Pädagogik» (NZZ 20. 3. 24) beschreibt Eliane Perret die zunehmende Tendenz, auffälliges Verhalten von Kindern und Jugendlichen mit einer psychiatrischen Diagnose zu versehen, ohne psychosoziale Ursachen und pädagogische Beeinflussungsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen. Tatsächlich haben wir diese Verlagerung von der Pädagogik zur Medizin in der kinderärztlichen Praxis stark zu spüren bekommen.

Eine sorgfältige Beurteilung von Kindern, die wegen Schul- und Verhaltensproblemen in der Sprechstunde erscheinen, erfordert viel Zeit. Der Kinderärztin kommen auch prospektiv erhobene Entwicklungsdaten zugute, die oft bis zur Geburt zurückreichen.

Wie Eliane Perret in ihrem Gastbeitrag feststellt, ist das Menschenbild entscheidend, von dem wir ausgehen. Orientieren wir uns an den Grundbedürfnissen der Kinder nach Geborgenheit, sozialer Anerkennung, Selbstentfaltung und Leistung, oder lassen wir uns vor den Karren eines Schulsystems spannen, das mehr und mehr nach ökonomischen Prinzipien gestaltet wird?

Nirgends in der Pädiatrie und Pädagogik lässt sich so tiefgründig über das Wechselspiel von Anlage und Umwelt nachdenken wie bei ADHS und Autismus-Spektrum-Störungen. Voraussetzung für die Zusammenarbeit von Schule und Pädiatrie ist die Bereitschaft, sich gegenseitig zuzuhören.

Der grosse Zuspruch, den die öffentliche Vorlesungsreihe «Schule, Pädiatrie und Gesellschaft» in St. Gallen findet, zeigt, dass viele Akteure bestrebt sind, die Brücke zwischen Medizin und Pädagogik in beiden Richtungen zu überschreiten.

Dr. med. Arnold Bächler, Kinderarzt, St. Gallen

Politische Bildung: Schule ist gefordert

NZZ, 27. März 2024, Meinung & Debatte, Tribüne, Gastkommentar von Mario Andreotti

Es vergeht kaum ein Monat, wo nicht ein Beitrag erscheint, in dem das mangelnde staatskundliche Wissen unserer jungen Generation beklagt wird. Und in der Tat: Das Wissen um den Aufbau und die Funktionsweise unseres Staates und über die politischen Rechte und Pflichten seiner Bürgerinnen und Bürger ist bei vielen Jugendlichen, wenn überhaupt, nur rudimentär vorhanden. So wissen viele nicht, wie beispielsweise die Gewaltenteilung auf den drei Ebenen des Staates funktioniert oder wie im Parlament ein neues Gesetz entsteht. Dabei hatte der Nationalrat ursprünglich noch vor, Jugendliche schon ab 16 Jahren abstimmen und wählen zu lassen. Inzwischen ist er zurückgekrebt, hat er das Stimmrechtsalter 16 – wie zuvor die vorberatende Kommission – abgelehnt. Neben rechtlichen Gründen dürfte auch die mangelnde politische Reife vieler Jugendlicher für diesen Entscheid eine Rolle gespielt haben.

Am Defizit der Jugend an politischer Bildung ist unser Schulsystem nicht unschuldig, kommt doch die Staatskunde an unseren Schulen zu kurz. Zwar ist die Notwendigkeit politischer Bildung in einer halbdirekten Demokratie wie der Schweiz in der Öffentlichkeit weitgehend unbestritten, doch wenn es um die schulische Umsetzung geht, fehlt der erforderliche Wille. Der Lehrplan 21 sieht politische Bildung zwar vor, doch explizit im Stundenplan der Sekundarschulen ist das Fach nur in



den Kantonen Aargau und Basel-Stadt. In den übrigen Kantonen stellt sich allenfalls die Frage, wie sich das Thema «politische Bildung» in die anderen Fächer und in die Stundentafeln einbauen lässt. An gutgemeinten Vorschlägen fehlt es dabei nicht: Einige wollen politische Bildung in die Deutschlektionen integrieren, andere in das Sammelfach «Räume, Zeiten, Gesellschaften» und wieder andere in die Sozialkunde. Das aber ist nicht unproblematisch: Integriert man die politische Bildung in ein anderes Fach, so besteht die Gefahr, dass sie verwässert wird. Gerade mit Blick auf das etwas schwammige Sammelfach «Räume, Zeiten, Gesellschaften», das alles Mögliche an Realien umfasst, ist diese Gefahr besonders gegeben. Jeder Lehrperson ist es dann je nach Vorlieben überlassen, ob sie die eine Jahreswochenlektion für die politische Bildung oder für etwas anderes nutzen will.

Politische Bildung muss auf der Sekundarstufe I als eigenständiges Fach mit einem klaren Bildungsauftrag und ebenso klaren Lernzielen und nicht bloss als Thema innerhalb eines anderen Faches geführt werden. Nur so sind die Lehrpersonen wirklich gehalten, sich mit ihren Klassen den politischen Institutionen unseres Landes, aber auch dem gesellschaftlichen Umgang etwa mit Diskriminierung und Rassismus eingehend zu widmen. Das alles bedingt freilich, dass der Unterricht in politischer Bildung von dafür ausgebildeten Lehrpersonen erteilt wird und nicht von Lehrern, die das Fach nicht studiert haben oder die es noch so ganz nebenbei abdecken.

Das Gymnasium, die Sekundarstufe II, eignet sich zur Vermittlung politischer Bildung besonders. Zum einen sind es hier Jugendliche, die unmittelbar vor der Erreichung des Stimm- und Wahlrechts stehen. Und zum andern haben diese Jugendlichen ein Alter erreicht, in dem sie komplexere politische Sachverhalte und Fragestellungen erfassen können. Politische Bildung deutlich zu stärken, war denn ursprünglich auch ein Hauptanliegen der Maturareform. Nun wird sie im Maturitätsanerkenntnisreglement (MAR) nicht einmal namentlich erwähnt. Erst der neue Rahmenlehrplan, der auf die politische Bildung kurz eingeht, macht sie zu einem verbindlichen Bildungsinhalt. Welcher andere demokratische Staat leistet sich in Sachen politischer Bildung so viel Unschärfe?

Keine Frage: Durch politische Bildung lernen Jugendliche, sich mit den politischen Mechanismen und Institutionen auseinanderzusetzen und sich die Mittel in die Hand zu geben, deren Entwicklung mitzugestalten. Das bedeutet nichts Geringeres, als dass politische Bildung zu einem Schlüsselfach an unseren Schulen werden muss.

Mario Andreotti ist ehemaliger Gymnasiallehrer, heute Dozent für neuere deutsche Literatur und Autor von «Eine Kultur schafft sich ab. Beiträge zu Bildung und Sprache» (2019).

Bildungsforscherin: «Wir haben ein riesiges Problem»

SRF, 24. März 2024

[Aus Tagesgespräch vom 20.3.2024](#)

Die Volksschule steht immer wieder im öffentlichen Fokus. Aktuell sei die Debatte aber besonders dringlich, denn es gebe zwei grosse Problemzonen an den Schweizer Schulen, sagt Katharina Maag Merki. Sie ist Professorin für Theorie und Empirie von schulischen Bildungsprozessen an der Universität Zürich.

SRF News: Sie sagen, es rumpelt wie noch nie an Schweizer Schulen. Wo rumpelt es denn?

Katharina Maag Merki: Wir haben klare empirische Befunde, die zeigen, dass wir zwei grosse Problemzonen haben. Die erste betrifft die Qualität der Ausbildung: Bei Beendigung der Volksschule kann ein Viertel der jungen Menschen nicht genügend gut lesen, um einfache Texte zu verstehen. Auch beim Lösen einfacher Mathematikaufgaben bekunden viele Mühe. Das ist ein riesiges Problem, auch im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel, aber natürlich auch aus individuellen Gründen.



Wir haben immer wieder Kinder im untersten Niveau, obwohl sie leistungsfähiger sind als Kinder im obersten Niveau.

Was ist die zweite Problemzone?

Da geht es um den Bildungserfolg: Dieser ist systematisch abhängig vom familiären Bildungshintergrund des Kindes. Das heisst, am Ende der Volksschule haben wir zwischen dem Kind aus einer Familie mit einem hohen Bildungshintergrund und einem mit geringem Bildungshintergrund fast drei Jahre Kompetenzunterschiede: also Kompetenzen, die eigentlich innerhalb von drei Jahren erworben werden. Die einen haben es, die anderen nicht. Ein grosser Teil dieser Unterschiede ist erklärbar mit dem familiären Bildungshintergrund.

Eine bedeutende Ursache dieser Probleme sehen Sie in der Selektion der Schulkinder nach der 6. Klasse. Sie werden dann in unterschiedliche Leistungsniveaus eingeteilt. Warum ist diese Einteilung problematisch?

Weil sie fehlerhaft ist und weil die Idee, dass man mit der Einteilung homogene Klassen bilden kann, nicht funktioniert. Wir haben immer wieder Kinder, die im untersten Niveau sind, obwohl sie leistungsfähiger sind als Kinder im obersten Niveau.

In der Realität wechseln aber nur zirka sechs Prozent der Kinder das Leistungsniveau, und dann meistens gegen unten.

Das hat damit zu tun, dass bei der Benotung von diesen Leistungen durch die Lehrpersonen oftmals auch der familiäre Bildungshintergrund mitgedacht wird. Es wird nicht nur auf die Leistung geschaut oder auf die Motivation, sondern auch darauf, ob das Kind Eltern hat, die es unterstützen. Das lässt sich empirisch belegen. Ausserdem beansprucht die Selektion die Lehrpersonen stark: Das geht auf Kosten der Lernzeit.

Sie sagen, durch diese frühe Selektion schliessen sich Türen für viele Kinder. Aber das Schweizer System ist doch sehr durchlässig, die Kinder können zwischen den Niveaus hin und her wechseln?

Das ist auf dem Papier so, in der Realität wechseln aber nur zirka sechs Prozent der Kinder das Leistungsniveau, und dann meistens nach unten. Die Einteilung ist wie ein Eingleisen: Unser Bildungssystem hat zwar Brücken zwischen den verschiedenen Gleisen, aber diese Brücken sind so aufgebaut, dass sie nur schwer zugänglich sind. Alles, was man nicht auf dem ersten Bildungsweg macht, ist sehr viel aufwändiger. Es braucht Geld und gute Kenntnisse des Bildungssystems.

Kommt jetzt auch etwas an den Schulen in Bewegung?

Aus meiner Sicht ist es zentral, dass die Sensibilisierung in Bezug auf die verschiedenen Problemzonen, die wir angesprochen haben, gestiegen ist. Auf der politischen Ebene mahlen die Mühlen aber langsam. Viele der Punkte waren schon vor 40 Jahren ein Thema, als ich als Primarlehrerin gearbeitet habe. Es geht also nur langsam voran – aber es geht voran!

Das Gespräch führte Simone Hulliger.

Katharina Maag Merki ist seit 2009 Professorin für Pädagogik mit dem Schwerpunkt «Theorie und Empirie schulischer Bildungsprozesse» an der Universität Zürich. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Schulqualitäts- und Schulentwicklungsforschung, Educational Governance, und selbstreguliertes Lernen.



Nach dem PISA-Schock

Journal 21, 24. März 2024, Carl Bossard

Der Absturz bei der Lesekompetenz hat die Experten auf den Plan gerufen. Sie propagieren radikale Strukturreformen. So wollen sie den Defiziten entfliehen, die sie mitverursacht haben. Doch es fehlt nicht an den Strukturen, sondern an der Wirksamkeit der Schule.

Es ist die Stunde der grossen Worte: «Bildungsrevolution – jetzt!» heisst es beim privaten Zürcher Unternehmen «Intrinsic». Das «Netzwerk für angewandte Bildungsrevolution», will damit «zu neuen Ufern aufbrechen (...) und mit einer radikal neuen Lernkultur Bildung revolutionieren».¹ Bildung müsse sich endlich modernisieren! Wieder einmal wird Bildung mit ihrer Reform gleichgesetzt. Doch auf das Wie wird nicht verwiesen, lediglich auf neue Strukturen. Negiert wird auch die Evidenzfrage und damit der Wesenskern des Unterrichts: Worin zeigt sich das Wirksame dieser Reformen? Und worin erkennt man das Gelingen der Innovationen?

Reformen an der Oberfläche

Eine Art Strukturrevolution propagieren auch der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH) und ihr umtriebiger Präsident Thomas Minder. Ultimativ verlangen sie die Abschaffung jeder Selektion in den ersten neun Schuljahren, dazu die Elimination der Noten² und der Hausaufgaben. Und der VSLCH setzt dominant auf «Lernlandschaften», auf das selbstorientierte Lernen (SOL) der Kinder und eine forcierte Digitalisierung.

Wenn es nach dem Schweizer Schulleiter-Verband geht, sind Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr Pädagogen, sondern nur noch Coachs und Lernbegleiter. Die Bildungsforschung aber kann nachweisen: Das ist Oberflächenkosmetik mit wenig bildungsqualitativer Tiefenwirkung.³

Orchestrierte Pressekampagne?

In die gleiche Richtung zielt die oberste Lehrerin der Schweiz, Dagmar Rösler. Auch für die Präsidentin des Verbands Deutschschweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) sind «Schulnoten (...) nicht mehr zeitgemäss», wie sie im grossen Blick-Interview verrät.⁴ Und wer die Medienberichte zu Schulfragen der vergangenen Wochen durchgeht, stösst auf viel Paralleles, auf Kongruenz unter Bildungsreformern, als gliche das Ganze einer orchestrierten Pressekampagne. Da erklärt beispielsweise «Bildungsexpertin» Rahel Tschopp in der SonntagsZeitung anhand von 26 Stichworten, was sich alles ändern müsse, damit wir eine zeitgemässe Schule erhielten.⁵

Und wieder trifft man auf die fast identischen Kennzeichen, wie sie auch der VSLCH postuliert und wie sie in Teilen der LCH-Präsidentin Dagmar Rösler wichtig sind: Da ist von Abschaffung der Noten und Zeugnisse und damit der Selektion die Rede, da wird die Auflösung des Klassenverbandes gefordert und damit das Ende des Unterrichts im Kollektiv, da wird die Digitalisierung forciert.⁶

¹ <https://www.intrinsic.ch/> [abgerufen am 22.03.2024]

² Vgl. <https://www.srf.ch/audio/forum/sind-schulnoten-noch-zeitgemaess?id=12449418> [abgerufen am 21.03.2024]

³ John Hattie (2023), *Visible Learning: The Sequel. A Synthesis of Over 2'100 Meta-Analyses Relating to Achievement*. London, New York: Routledge, p. 224ff.

⁴ Lisa Aeschlimann, «Schulnoten sind nicht mehr zeitgemäss», in: *Blick*, 25.02.2024.

⁵ Vgl. Ursina Haller, *Die Schule der Zukunft. Ein Glossar*, in: *SonntagsZeitung. Das Magazin* 03.02.2024, S. 8ff.

⁶ Schweden hat die Digitalgeräte auf der Primarstufe verboten und kehrt zur Papierform zurück. Auch Dänemark verbietet sie; der dänische Bildungsminister entschuldigte sich gar für die negativen Folgen, die eine forcierte Digitalisierung der Schulen bei jungen Menschen verursacht habe; vgl. <https://www.diagnose-funk.org/aktuelles/artikel-archiv/detail?newsid=2061> [abgerufen am 21.03.2024]



Die Stossrichtung ist die gleiche. Die Tamedia-Presse aber unterschlägt die Tatsache, dass Bildungsprophetin Rahel Tschopp mit ihrem Institut «Denkreise» Schulentwicklungsprojekte anbietet und im IT-Bereich tätig ist. Schulreformen um des eigenen Gewinns wegen?

Reformpädagogische Wunschvorstellungen

Thomas Minder und sein Verband VSLCH wie auch die oberste Lehrerin der Schweiz, Dagmar Rösler vom LCH, wenden sich mit ihren Thesen an die Öffentlichkeit. Sie zeigen keine Scheu, «Reformen» zu forcieren, die in vielen Teilen an der Bevölkerung vorbeigehen und reformpädagogische Wunschvorstellungen bedienen. Eine «notenfreie Schule» beispielsweise ist höchst umstritten. Auch viele Schulleiter wollen sie nicht.

Verschwiegen wird, dass in einem wertschätzenden Umfeld, in einer fehlerfreundlichen Atmosphäre Noten nicht das Problem sind, sondern eine Hilfe sein können, die Klarheit schafft. Entscheidend ist das lernfördernde Feedback – im Sinne der Artikulation der Differenz zwischen Sein und Sollen in Bezug auf die Sache, den Lernprozess und die Selbstregulation. Dafür müssten Lehrerinnen und Lehrer im Alltag Zeit haben. Das wären Reformen mit Tiefenwirkung. Die empirische Bildungsforschung weist sie nach.⁷

Es erstaunt und irritiert, dass diese radikalen Innovationen als professionelle Forderung daherkommen und der LCH wie der VSLCH so tun, als gäbe es keine Politik und keine öffentliche Meinung. Dabei ist die Schule der Politik unterstellt. Da liegt das Problem: LCH wie der VSLCH und teilweise auch die Pädagogischen Hochschulen, die das mittragen oder gar initiieren, stellen sich *über* die Politik und schaffen Fakten. Die Bildungspolitik und mit ihr die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK nehmen das kommentarlos hin und schweigen. Sie werden getrieben, statt zu steuern.

Strukturreformen von Seiten der Universität

Ein Paradebeispiel dazu ist das Tagesgespräch auf SRF 1 mit der Bildungsforscherin Katharina Maag Merki, Universität Zürich.⁸ Sie ortet zwei gravierende Probleme: Da ist einerseits die Tatsache, dass 25 Prozent der Schweizer Schülerinnen und Schüler mit Blick auf das Leseverständnis als leistungsschwach eingestuft werden. Um die hohe Rate funktionaler Analphabeten wissen wir aber längst; und PISA 2022 hat das Defizit erneut verdeutlicht.

Und da ist andererseits das Auseinanderdriften der Schere zwischen Kindern aus bildungsfreundlichem Elternhaus und solchen aus bildungsdistanzierteren Milieus. Konkret: die bedrohte Chancengerechtigkeit.

Doch statt diese beiden Problemfelder zu analysieren und nach den Gründen für den Einbruch zu fragen, verlangt Maag Merki dezidiert die Abschaffung der Noten und der Selektion und damit die Aufhebung leistungsunterschiedlicher Klassen nach sechs Schuljahren: Auch sie plädiert, ohne vertieft zu begründen, ultimativ für Strukturreformen!

Wenn Eltern mithelfen müssen

Die Bildungsexpertin Maag Merki verliert kein Wort, warum unsere Schulen an diesem Defizit leiden. Kein Wort zu den überfüllten Lehrplänen, zu den beiden Fremdsprachen auf der Primarstufe und der fehlenden Übungszeit, der forcierten Integration und der entsprechenden Unruhe im Schulzimmer. Auch die SRF-Moderatorin fragt nicht danach. Kein Wort, warum selbst intelligente Kinder am Ende der Primarschule in den Grundfertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens oft grosse Lücken aufweisen.

⁷ John Hattie & Klaus Zierer (2017), *Kenne deinen Einfluss! „Visible Learning“ für die Unterrichtspraxis*. 2. Aufl. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren, S. 137ff.

⁸ <https://www.srf.ch/audio/tagesgesprach/katharina-maag-merki-an-den-schulen-rumpelt-es-wie-noch-nie?id=12559295> [abgerufen am 20.03.2024]



Und wenn sie diese Grundlagen beherrschen, dann stehen nicht selten engagierte Eltern oder private Nachhilfeinstitute dahinter. Auch das wissen wir. Hier fände sich doch der Schlüssel zur Bildungsgerechtigkeit: Darum wäre dafür zu sorgen, dass jene Kinder, die keine Impulse oder nur wenig Hilfe aus dem Elternhaus kennen, nicht benachteiligt sind. Chancengleichheit entsteht im Klassenzimmer – über gute, vital präzise, am Wohl des Kindes interessierte Lehrpersonen und einen wirksamen Unterricht.

Ergebnis der Schweiz bei den PISA-Studien im Bereich Lesekompetenz in den Jahren von 2000 bis 2022



Der Einbruch der Schweizer Neuntklässler beim Leseverstehen (Grafik: © Statista 2024)

Fokus auf den Kern der Schule richten

Elementar wäre doch eines: endlich die vielen Baustellen – wie beispielsweise die vergessene Deutschkompetenz – aufräumen, bevor neue Gruben aufgerissen werden. Doch es ist eben leichter, den zahlreichen Schadstellen zu entfliehen und sich neuen «Reformen» zuzuwenden. Und es sind immer Strukturreformen, die gefordert werden! Dabei ist längst bekannt: Humane Energie kommt aus Personen, nicht aus Strukturen. Da hinein, in die Mikroprozesse des Lehrens und Lernens, müsste eine verantwortungsbewusste Bildungspolitik zoomen, in den gefährdeten Kern der Schule.

Die Definitionsmacht über die Schule gehört der Bildungspolitik

Wir brauchen eine Volksschule, die nicht in der Definitionsmacht der Verbände und auch nicht der Pädagogischen Hochschulen liegt. Ein Diskurs ist heute schwierig geworden. Ein kleiner universitär-akademischer Zirkel hat – im Verbund mit einer starken Bildungsbürokratie – die Dominanz über die Schulen errungen. Sie bestimmen, was gelehrt und wie unterrichtet werden muss – oft auch gegen die Praktiker. Das bedeutet eine Marginalisierung der Praxisempirie. Hier müsste die Bildungspolitik gegensteuern. Leidtragende sind immer die Kinder.



«Der Zeitgeist fegt die Schulnoten weg»

NZZ, 2. April 2024, Meinung & Debatte, Leserbriefe

Es ist doch wie bei den Staatsformen. Die Demokratie hat grosse Mängel, aber die andern Systeme haben noch mehr. Seit unserer Jugend erleben wir älteren Semester Kritik an den Schulnoten. Es wurde gepröbelt und wieder verworfen, verändert und erneut zurückgenommen, doch man landete stets wieder beim Altbewährten. Wohl braucht es frischen Wind, aber man muss auch eingestehen, dass nicht alles Bisherige Entsorgung verdient. So nehmen wir die Meldung aus Luzern emotionslos zur Kenntnis und schauen zu, wie das Rad neu erfunden wird (NZZ 19. 3. 24).

Carl Bossard ist beizupflichten. Nüchterne Noten sind viel weniger heikel als irgendwelche Wortzeugnisse. Dort muss jede Zeile auf die Goldwaage gelegt werden, und man riskiert dennoch, ungerrecht oder verletzend zu urteilen. Es ist mir rätselhaft, wie die Wirtschaft angeblich glauben kann, Worte seien besser. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Die Gefahr, dass sich in beschreibenden Zensuren rasch hohle Standardphrasen ausbreiten, ist gross.

Es kommt doch wie bei allen Schulreformen stets auf den gleichen, zentralen Punkt heraus. Vieles hat sich als schlecht erwiesen, man vergeudete Zeit, die Lernfortschritte der Kinder wurden beeinträchtigt, aber darunter litten nicht alle gleich. Die gebildeteren Eltern der Ober- und der Mittelschicht lassen nichts anbrennen. Sie werden selber oder mit externer Hilfe kontrollieren, ob bei ihren Sprösslingen Fortschritte zu verzeichnen sind, und, wenn nicht, entsprechende Massnahmen ergreifen. Zu bedauern sind die andern, welche dann erst später bei der Selektion mit allenfalls ungünstigen Tatsachen konfrontiert werden.

Es steht aber allen Eltern das Recht zu, jederzeit zu wissen, wie es in der Schule läuft. Zum Glück haben Räte und Stimmvolk das letzte Wort und nicht jene, die glauben, den «Zeitgeist» zu ihren Gunsten umbiegen zu können.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Kinder vergleichen sich, im Alltag, im Sport und auch in der Schule. Wenn wir die Noten abschaffen, so ist das, als würde man bei einem Auto den Motor ausbauen. Man stelle sich einen sportlichen Wettkampf vor, zum Beispiel ein Leichtathletikmeeting, ohne Sieger und Verlierer.

Kinder lassen sich, bei richtiger Anleitung, durch schlechte Noten nicht so schnell entmutigen. Im Leben ist man ständig damit konfrontiert, dass einer etwas besser kann. Es kommt auf den Lehrer an. Statt Noten abzuschaffen, würde man sich besser der Pädagogik zuwenden.

Viele Jugendliche brechen heute die Lehre ab, da sie in einer Schule mit vielen nicht verifizierten Reformen kaum mehr lernen, schlechte Leistungen zu verbessern und Niederlagen zu überwinden.

Hanswalter Guidon, Bazenheid



Veranstaltungshinweise

Kantonale «Volksinitiative für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» ([Förderklassen-Initiative](#))

Starke Volksschule Zürich, Donnerstag, 11. April 2024, 19.00

Einladung zu einem Podiumsgespräch mit Diskussion

Donnerstag, 11. April 2024, 19.00 Uhr

Glockenhof Zürich, Sihlstrasse 33, 8001 Zürich [Mehr...](#)

Moderation

Robin Schwarzenbach, NZZ Redaktor, Zürich und Region

Pro

Yasmine Bourgeois, Schulleiterin und Gemeinderatsmitglied (FDP) in Zürich

Roland Stark, langjähriger Kleinklassenlehrer und Heilpädagoge (SP) in beiden Basel

Kontra

Ursula Sintzel, Präsidentin Kreisschulbehörde Letzi (SP)

Karin Fehr Thoma, Kantonsrätin und Stadträtin Uster (GP)



Yasmine Bourgeois ist Schulleiterin, ehemalige Mittelstufenlehrerin und Mutter von drei Kindern. Sie ist Mitglied des Gemeinderates der Stadt Zürich (FDP) und Präsidentin der Sachkommission Präsidialdepartement / Schul- und Sportdepartement.

Zur Förderklassen-Initiative sagt sie: «Mit der Einführung von Förderklassen werden wir besser auf die Bedürfnisse aller Kinder eingehen können und wieder mehr Ruhe ins System bringen.»

Zur Förderklassen-Initiative sagt sie: «Mit der Einführung von Förderklassen werden wir besser auf die Bedürfnisse aller Kinder eingehen können und wieder mehr Ruhe ins System bringen.»

Karin Fehr Thoma ist Kantonsrätin Grüne und Stadträtin in Uster. Sie ist Soziologin und Bildungsfachfrau.

Ihr Statement: «Die Förderklassen-Initiative schießt über das Ziel hinaus: Die Gemeinden und Schulen brauchen kein weiteres Zwangskorsett, sondern mehr Handlungsspielraum bei der Zuteilung der Ressourcen zur Förderung aller Kinder.»

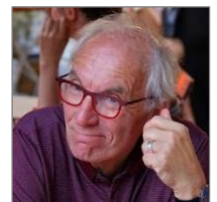


Ursula Sintzel ist Rechtsanwältin und Mutter von zwei erwachsenen Söhnen. Seit 2017 ist sie Mitglied der Kreisschulbehörde Letzi (SP), die sie seit 2021 präsidiert.

Ihre Haltung zur Förderklassen-Initiative: «Diese hat nicht die Schülerinnen und Schüler im Fokus, sondern die belasteten Lehrpersonen. Dieses Problem ist ernst zu nehmen, ihm muss aber mit anderen Massnahmen begegnet werden wie mit der Einführung von separierten Förderklassen, welche nur die Stigmatisierung der betroffenen Kinder erhöhen.»

Roland Stark war Grossrats- und Verfassungsratspräsident (SP) in Basel.

Seine Stellungnahme: «Als Lehrer mit über 40 Jahren Berufserfahrung an Kleinklassen in beiden Basel, als Heilpädagoge und Vater zweier schulpflichtiger Töchter halte ich die Schaffung von Förderklassen für pädagogisch dringend notwendig. Ich engagiere mich deshalb in der Förderklassen-Initiative, die wir in Basel-Stadt bereits eingereicht haben und die zurzeit in der Bildungs- und Kulturkommission des Parlaments diskutiert wird.»





Die Pädagogische Wende

Freitag 12. und Samstag, 13. April 2024, Universität Augsburg

Podiumsdiskussion und wissenschaftliche Tagung der Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V. in Kooperation mit der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät – Schulpädagogik der Universität Augsburg.

Freitag, 12. April. 2024, 18.00 – 20.00 Uhr
„Würde ich gerne zu mir in die Schule gehen?“

Über die Schule als sozialer Ort und das Lernen in Gemeinschaft

Nach einem Impulsvortrag von Prof. Dr. Klaus Zierer diskutieren Vertreterinnen und Vertreter des Kultusministeriums, der Landeschüler- und Landeselternbeiräte, der Lehrerinnen- und Lehrerverbände und eine Schulleitung über Perspektiven schulischer Bildung.

Samstag, 13. April 2024 09.00 – 17.00 Uhr
Die pädagogische Wende

Über die notwendige Besinnung auf das Erziehen und Unterrichten

09.15-11.15 Uhr Session I: Unterricht als Beziehung und Dialog

11.45-13.45 Uhr Session II: Erziehung, Unterricht und Digitalisierung

14.30-16.30 Uhr Session III: Schul- und Unterrichtspraxis

[Mehr..., Flyer zur Tagung](#)



Mädchen und Knaben – von Natur aus anders? Was sagt die Entwicklungspädiatrie und Genderforschung dazu?

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. Juni 2024

Referenten

Prof. Dr. med. Oskar Jenni
(Entwicklungspädiatrie, Universitäts-Kinderspital Zürich)

Anika Butters, lic. phil.
(Marie-Meierhofer-Institut Zürich)

Ort und Datum

Mittwoch, 12. Juni 2024, 18.30 – 20.30

OST – Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)

9000 St. Gallen

Grosser Plenarsaal, Parterre

[Mehr...](#)

